

WESHALB DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT EIN KERNTHEMA DER SP SEIN MUSS

Sicherheit ist Service Public

Staatsabbau und Privatisierung trifft auch die Sicherheit.

Das Gewaltmonopol erodiert und Sicherheit wird zur Ware.

Die öffentliche Sicherheit ist für den Gemeinderat der Stadt Bern schon seit längerer Zeit ein wichtiges Thema. So haben wir in den letzten Monaten in diesem Bereich zahlreiche Massnahmen ergriffen. Dazu gehören

- der Erlass einer neuen Bahnstufenordnung, die ein Bettelverbot im und um den Bahnhof vorsieht,
- der Entscheid, die illegale Gasenküche auf dem Bahnhofplatz nicht mehr zu tolerieren,
- die neue Suchtpolitik der Stadt Bern, die Abschied nimmt von der Vorstellung der suchtfreien Gesellschaft und die Bedeutung der Repression betont,
- die Projekte gegen Gewalt und Vandalismus in den Schulen, bei denen es darum geht, Schmiereien und Übergriffe verstärkt zu verfolgen,
- die Lancierung einer flächendeckenden Sensibilisierungskampagne gegen sexuelle Übergriffe auf Kinder,
- die Erhöhung der Polizeipräsenz an neuralgischen Punkten der Stadt.

Ausschlaggebend für diese Massnahmen waren zum einen die Bauarbeiten beim Bahnhof Bern. Wegen der engen Verhältnisse akzentuierten sich die Probleme mit Drogenabhängigen und Randständigen, was zu Unbehagen in der Bevölke-

rung führte. Es veranlassten uns aber auch grundsätzliche Überlegungen zum Handeln. So zeigt sich immer mehr, dass sich der Wandel gesellschaftlicher Werte und der Abbau des Staates negativ auf die Gewährleistung der Sicherheit auswirken. Was ist damit gemeint?

STAAT UND SICHERHEIT

Tatsache ist, dass es kälter und härter geworden ist in unserer Gesellschaft. Gemeinsinn und Solidarität schwinden. Wir leben in einer Ellenbogen-Gesellschaft, in der jeder sich selbst der Nächste ist. Was zählt, ist oft nur Wettbewerb und Egoismus. Dieses Denken hat alle erfasst, vom Junkie bis zum Konzernchef. Anstand, Mitgefühl, Höflichkeit, Rücksichtnahme und Fairness gehen verloren, in der Wirtschaft, in der Schule, im Elternhaus, im Alltag – und erst recht auf der Strasse.

Das hat nicht zuletzt mit dem Abbau des Staates zu tun. Zwar sollte der Staat die Gesellschaft zusammenhalten und ihr ein tragfähiges Gerüst geben. Doch immer öfter fehlen ihm dafür die Mittel. Unter dem Zwang zur Gewinnmaximierung wird privatisiert, liberalisiert und dereguliert sowie am Sozialstaat und am Service Public ge-

spart. Dies setzt die Menschen unter permanenten Druck, schafft Verlierer, führt zu Verrohung und Verliederung.

Diese Entwicklung trifft auch die öffentliche Sicherheit. So ist der Staat kaum noch sichtbar und ansprechbar präsent. Der uniformierte Bähnler verschwindet immer mehr, der uniformierte Pöstler ist auch schon fast weg, und der uniformierte Polizist ist kaum noch auf Patrouille zu sehen. Dies führt zu einem Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung.

KOMMERZIALISIERUNG

Noch problematischer ist, dass das staatliche Gewaltmonopol zu bröckeln beginnt. Immer häufiger



Alexander
Tschäppät,
Stadtpräsident



werden Sicherheitsaufgaben an private Firmen ausgelagert. Die privaten Sheriffs sind oft ungenügend ausgebildet und im Ernstfall überfordert sind. Anders gesagt: Wo sich alles rechnen muss, da geht auch die öffentliche Sicherheit verloren.

Gleichzeitig findet eine Kommerzialisierung der Sicherheit statt. Sicherheit ist nicht mehr ein ganzheitlicher Schutz vor jeder Art von Gesetzesbruch und Verbrechen, sondern wird aufgeschlüsselt in Leistungen, die ihren Preis haben. Damit verkommt Sicherheit zu einer Ware, die sich die einen leisten können – und die anderen nicht.

NUR FÜR DIE REICHEN?

Dieser Tendenz muss gerade die SP entgegenwirken. Dies nicht nur, weil öffentliche Sicherheit am besten durch eine demokratisch kontrollierte und legitimierte Polizei garantiert wird, sondern auch, weil es um Gerechtigkeit geht. Die Gutbetuchten können sich den privaten Sicherheitsmann leisten und brauchen keine staatliche Sicherheit. Die Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen hingegen können keine Bodyguards bezahlen und sind darauf angewiesen, dass der Staat Sicherheit für alle organisiert. Was für den Sozialstaat oder die öffentliche Infrastruktur gilt, gilt somit

auch für die Polizei: Sie dient allen, unabhängig vom Portemonnaie. Darum ist die öffentliche Polizei ein Service Public – und somit ein soziales demokratisches Postulat.

AUGENMASS

Der Staat hat das Recht und die Pflicht, Gesetze zu machen und sie mit dem Gewaltmonopol umzusetzen. Der Gemeinderat wird daher wie bisher dafür sorgen, dass die Menschen auch spätnachts sicher unterwegs sein können, dass gegen die Jugendgewalt vorgegangen wird und dass jene geahndet werden, die sich nicht an die Regeln halten. Er wird auch künftig nicht tolerieren, dass gut organisierte kriminelle Banden das Leid von Menschen ausnützen und sie zum Betteln missbrauchen, und sich gegebenenfalls auch nicht der Diskussion über eine Ausdehnung des Bettelverbots verweigern.

Dabei behalten wir aber Augenmass und lassen uns von unseren sozialen Werten leiten. Wir leben in einer offenen Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die Menschen nach ihren Vorstellungen leben lässt. Darum moralisieren und kriminalisieren wir nicht. Repression gehört zur Wahrung der Sicherheit, nicht aber Null-Toleranz-Ideologie nach US-amerikanischem Muster. Wir brauchen keine Giulianis, die

Probleme wegschieben und sie hinter die Gitter privatisierter Gefängnisse wegschliessen.

Was das bedeutet, haben wir mehrmals gezeigt: In Sachen Gassenküche haben wir keine Herr-im-Haus-Politik betrieben, sondern mit der sonntäglichen Essensausgabe eine Alternative geboten. Für die Alkoholkranken haben wir in Bahnhofsnähe eine Lösung gefunden. Und gegen den Alkoholverkauf an Jugendliche am (im) Bahnhof haben wir gemeinsam mit den SBB und den Verkaufsläden eine Kampagne gestartet, die Einsicht vor Zwang setzt.

INNERE SOLIDARITÄT

Was es im Interesse der Sicherheit allerdings auch braucht, ist eine starke soziale Verantwortung, eine innere Solidarität der Gesellschaft. Es braucht Prävention, Kindertagesstätten, Berufschancen für alle und anständige Löhne, Familienförderung, eine zukunftstaugliche Stadtentwicklung. Denn nur dort, wo sich die Menschen wohl und sicher fühlen, ist auch die Sicherheit garantiert. Oder wie es Victor Hugo einst schrieb: «Für jedes Schulhaus, das wir eröffnen, können wir ein Gefängnis schliessen.»

Alexander Tschäppät



Die Geschäftsleitung der SP Region Bern auf einen Blick:
Obere Reihe, von links nach rechts: Hans-Jörg Rhyn, Stefan Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Martin Gerber, Fritz Indermühle, Michael Aebersold, Bruno Wasserfallen. Untere Reihe, von links nach rechts: Bettina Stüssi, Matthias Burkhalter, Verena Berger, Leyla Gül. Nicht auf dem Bild: Susanna Witschi.

Neue Gesichter in der Geschäftsleitung der SP Region Bern

Am Parteitag vom 21. November 2007 ist die Geschäftsleitung der SP Region Bern neu besetzt worden. Grossrat Matthias Burkhalter wurde einstimmig zum Präsidenten des Regionalverbandes gewählt, die Stadtbernerin Bettina Stüssi zur Vizepräsidentin. Martin Gerber, der die SP Region Bern seit der Gründung 2003 präsierte, wird weiterhin in der Geschäftsleitung mitarbeiten. Stefan Lehmann, Verena

Berger, Fritz Indermühle, Bruno Wasserfallen und Susanna Witschi-Wyssmann wurden als Bisherige bestätigt. Als neue Mitglieder der Geschäftsleitung wählten die Delegierten Stadtrat Michael Aebersold und Grossrat Hans-Jörg Rhyn. In der Geschäftsleitung arbeiten zudem Parteisekretärin Leyla Gül sowie der JUSO-Vertreter Halua Pinto de Magalhães mit.

Familien mit Kindern entlasten!

Ein Steuerabbau ist möglich. Es stellt sich jetzt die Frage, wer vor allem entlastet werden soll. Sind es die Reichen oder Familien mit Kindern?

Der Grosse Rat war sich einig, dass die Steuern gesenkt werden können. Durch den neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) erhält der Kanton Bern einen finanziellen Spielraum. Zudem muss die kalte Progression (das Vor-rücken in höhere Steuerbelastungen allein durch die Teuerung) ausgeglichen werden.

BÜRGERLICHER ÜBERMUT

Der Regierungsrat legte dem Parlament einen recht ausgewogenen Gesetzesvorschlag vor. Dieser ging zwar weiter als nötig, insbesondere sah er eine unnötige Unternehmersteuerreform, das heisst eine Entlastung der Dividendenbezüger, vor. Positiv war die längst nötige Entlastung von Familien mit Kindern. Für diese Steuerzahlenden erhebt der Kanton Bern im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Steuern. Etwas ungenau bezeichnete man diese statistische Abweichung als «Mittelstandbuckel». Von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit wurden die regierungsrätlichen Vorschläge verschlechtert und erhebliche zusätzliche Steuererleichterungen für Spitzenverdienende durchgedrückt.

VOLKSVORSCHLAG

Die Ratslinke konnte diesen Übermut nicht akzeptieren. Die Bandbreite einer Kompromisslösung wurde durch die Vertreterinnen und Vertreter der Grossverdiener überschritten. Die Ratslinke ergriff darauf hin das Referendum und legte unter dem Namen «Volksvorschlag für eine Steuersenkung mit Augenmass» eine Alternative vor. Die meisten der revidierten Gesetzesartikel werden dabei nicht bestritten. Verstärkt wird aber die Entlastung der Familien mit Kinder und mitt-

ren und kleineren Einkommen. Mit dem Volksvorschlag werden die Steuern um 238 Millionen Franken gesenkt, 156 Millionen beim Kanton und 82 Millionen bei den Gemeinden. Das sind 51 Millionen weniger als mit der grossrätlichen Version. Zur Erfüllung der nötigen Aufgaben stehen somit mehr Mittel zur Verfügung.

ALLE PROFITIEREN

Auch mit dem Volksvorschlag erhalten alle Steuerpflichtigen eine Entlastung. Bei einem Einkommen von jährlich einer Million sind es allerdings nur 459 Franken und nicht 12'843, wie die Bürgerlichen dies unbedingt wollen.

WENN NUR DER EIGENNUTZ ZÄHLT

Die folgenden Zahlen nennen die Werte, unter denen der Volksvorschlag gegenüber der Grossratsvorlage Vorteile verspricht:

Ehepaar, 2 Kinder: 171'700 Franken Bruttolohn, 122'100 Franken steuerbares Vermögen

Ehepaar, ohne Kind: 87'000 Franken Bruttolohn, 56'100 Franken steuerbares Vermögen

Alleinstehende, ohne Kind: 108'200 Franken Bruttolohn, 79'900 Franken steuerbares Vermögen

Weitere Belastungsvergleiche können im Internet unter der Adresse www.volksvorschlag.ch nachgeschlagen werden.

Matthias Burkhalter



Matthias Burkhalter, Grossrat, Rümliigen Präsident SP Region Bern



Spezialkommission Jugendtreff Vechigen

JUGENDTREFF AB 2008

Der Gemeinderat Vechigen hat das Begehren von Vechiger Jugendlichen und der SP Vechigen aufgenommen: Er will wieder einen Jugendtreff eröffnen. Dazu setzte er die Spezialkommission Jugendtreff ein und wählte die parteilose Beatrice Tarli-Westermeier als Vertreterin der SP Vechigen. Die ehemalige Lehrerin und Polizistin will den Jugendlichen Verantwortung übertragen und sie damit auch in die Pflicht nehmen. Ein von den Jungen weitgehend selbst aufgebauter und verwalteter Treff ist nicht nur ein Ort, wo sie sich ungestört treffen und unterhalten können. Er bietet ihnen gleichzeitig auch die Gelegenheit, ihr Bewusstsein für Verantwortung und Regeln zu schulen.

Der Vorstand

Media Markt und Boeing 737

Grenzenlose Durchsetzung von Einzelinteressen oder Lebensqualität und eine wirtschaftliche Entwicklung im Dienst der Bevölkerung?



Roland Naef,
Grossrat, Muri

Unsere Gemeinden organisieren sich im Verein Region Bern (VRB). Einigkeit besteht, dass Verkehr und Raumordnung einer gemeinsamen Planung bedürfen. Verkehrszunahmen sind gemäss VRB kein Naturgesetz, sondern ein Teufelskreis: Mehrverkehr vermindert die Lebensqualität, viele Menschen wandern nach aussen ab, was wiederum zu mehr Verkehr führt. Hinter diesen Grundsätzen steht offenbar auch Muri, vertreten im Vorstand durch den Gemeindepräsidenten. Regionale Beschlüsse müssen in den Gemeinden umgesetzt werden. In den Richtlinien steht: «Die Gemeinden verpflichten sich, keine verkehrsintensiven Vorhaben von regionaler Bedeutung zu planen und zu bewilligen, die ein grösseres PW-Verkehrsaufkommen verursachen». So weit, so gut; spannend ist die Frage, was eine Gemeinde damit macht.

UMSETZUNG REGIONALER PLANUNG: EIN TRAUERSPIEL

Bei der Autobahnausfahrt Muri liegt ein kantonaler Entwicklungsschwerpunkt (ESP), für den der VRB in Zusammenarbeit mit dem Kanton ein Fahrtenkontingent von 24'500 km/Tag festlegt. Das Verkehrssystem im Osten Berns stösst nämlich an Kapazitätsgrenzen. Wir kennen die Verkehrsmeldungen über Staus auf der A6 zwischen Bern und Muri. Folgerichtig verlangt der VRB von den Gemeinden: «Es ist sicherzustellen, dass die Fahrtenkontingente eingehalten werden.» Das ist unmöglich, wenn, wie bei der IKEA-Meile in Lyssach, Discounter einziehen: KundInnen fahren ins weit entfernte «Einkaufsparadies». Um das Kontingent einzuhalten, wären umgerechnet weniger als 4000 Fahrten/Tag für den ganzen ESP erlaubt. Trotzdem schlägt der Gemeinderat eine Überbauungsordnung mit 6500 Fahrten

vor. Damit werden Regionalplanung und der Wille der eigenen Bevölkerung missachtet. Die Stimmenden nahmen vor 9 Jahren eine Überbauungsordnung mit folgendem Satz an: «Nutzungen, die einen grossen Publikumsverkehr verursachen, sind nicht zugelassen.»

KEIN MEDIA MARKT, KEINE GRÖSSEREN FLUGZEUGE . . .

Wütend macht, wie Abstimmungen mit falschen Versprechen gewonnen werden. Bei der Abstimmung über die Subventionierung des Belpmoos stand in der Botschaft: «Auslöser der Pistenverlängerung sind verschärfte Sicherheitsbestimmungen und nicht mehr Flugbewegungen oder grössere Flugzeuge.» Nächsten Sommer, nach Abschluss der Bauarbeiten, werden Boeing 737-500 Badegäste nach Tunesien bringen und einige Lärmgeplagte sich an die Abstimmung erinnern. Auch nicht vergessen werden in Muri die Worte des ehemaligen FDP-Gemeindepräsidenten, ein Media Markt sei nicht vorgesehen. Ein solcher Discounter steht inzwischen im Gümligenfeld. Zieht, wie geplant, auch ein Möbelmarkt ins Gebäude ein, wird durch ein einziges Baufeld bereits mehr Verkehr verursacht als für den ganzen ESP vorgesehen.

Foto: rnp



Media Markt: kein Vortritt für Eigeninteressen!

GESTEUERTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG STATT WILDWUCHS

Planungsziel für ESP sind Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung. Damit haben weniger Menschen einen langen Arbeitsweg, wir vermeiden Pendlerverkehr. Unsinnig sind Einkaufsmeilen am Rand der Agglomeration Bern. Statt dass KundInnen das bestehende Einkaufsangebot nutzen, entsteht Mehrverkehr

Phantasie/Ideologie? Nicht alles b

Aus dem Worblental erreicht uns eine Replik von Sascha Tarli zur Wahlanalyse – Stellungnahmen erwünscht!

Stellungnahme der SP It zu den nationalen Wahlen in regio-links.be (5/Nov)

Die Wahlen 2007 zeigen: SP-Kandidierende der Gewerkschaften hatten weniger Erfolg. Reformorientierte wie Evi Allemann und Simonetta Sommaruga erzielten Spitzenresultate. Die Befreiung vom ideologischen Ballast spiegelt sich auch in Vechigen: Die gewerkschaftliche SP Boll-Utzigen ist aufgelöst, die lösungsorientierte SP Vechigen etabliert.

KURZER RÜCKBLICK

Im Frühling 2000 spalteten sich einige Parteikolleginnen und -kollegen von der SP Vechigen ab und gründeten die SP Boll-Utzigen. Die von Gewerkschaftsmitgliedern dominierte Gruppe protestierte dagegen, dass die SP Vechigen die ideologischen Scheuklappen abgelegt hat und seither den lösungsorientierten Weg sucht. An den Wahlen 2000 holte die SP Vechigen zwei von sieben Sitzen im Gemeinderat – die SP Boll-Utzigen ging leer aus. 2004 verpasste die SP Vechigen mit 34% den dritten Gemeinderatsitz nur knapp – die SP Boll-Utzigen kandidierte nicht mehr. Heute stellt die SP Vechigen zudem die Vize-Gemeindepräsidentin – die SP Boll-Utzigen löste sich im Juni 2007 auf. Weshalb diese Entwicklung? In Vechigen dominiert der Mittelstand, hier wohnen ca. 90% der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden. Die SP Vechigen argumentiert pragmatisch statt mit Klassenkampfparolen.

KLASSENKAMPF-SYMBOLS BEGRABEN

Die SP Schweiz ist diejenige Partei, welche am meisten Wählende mit einem Monatseinkommen über 5'000 Franken hat. Die Symbole des Klas-

senkampfes («Genossin und Genosse», die Internationale) sind nicht nur alte Zöpfe, sondern eine Last. In Vechigen schrecken sie potenzielle Neumitglieder ab. Trotz grosser SP-Sympathie können sie sich nicht mehr mit den ehrenwerten Kampfgenossinnen und -genossen der Arbeiterklasse des letzten Jahrhunderts identifizieren. Im Weiteren sind heute nur noch ca. 25 % der SP-Wählerschaft Gewerkschaftsmitglieder. Trotzdem haben die Gewerkschaften garantierte Sitze auf der SP-Wahlkarte. Ihre Kandidierenden durchlaufen keinen parteiinternen Wettbewerb, im Gegensatz zu allen anderen SP-Kandidierenden. Dies führt zur überproportionalen Vertretung und übergewichtigen Wahrnehmung der Gewerkschaften.

PROBLEME LÖSEN STATT VERDRÄNGEN

Die SP muss (an)erkennen, wer heute ihre Wählerinnen und Wähler sind und was diese gegenwärtig beschäftigt. Wir müssen dazu stehen, dass auch uns Themen wie Migration, Sicherheit oder Sozialmissbrauch im Alltag unangenehm begegnen und Ängste verursachen. Diese Probleme sind zu lösen, nicht zu verdrängen. Anstelle dogmatischer Parolen weltfremder Genossinnen und Genossen brauchen wir phantasievolle Vorschläge lösungsorientierter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten!

Sascha Tarli, SP Vechigen

Antworten auf diesen Beitrag und weitere Stellungnahmen sind zu richten an Redaktion «regio-links.be», c/o SP Region Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, e-mail ley-la.guel@sp-bern.ch

Auch andere Parteien hatten nicht die finanziellen Mittel der SVP, hatten Bisherige, die nicht mehr zur Wiederwahl angetreten sind und hatten auf individuellen Erfolg abzielende Einzelkampagnen hinzunehmen. Und dennoch waren sie erfolgreicher als die SP. Zwar mögen die aufgeführten Faktoren eine marginale Rolle gespielt haben – entscheidend für die Niederlage im November waren sie nicht. Es ziemt sich nicht, nun aus einer Opferstellung heraus die Schuld in den ungünstigen Umständen oder beim politischen Gegner zu suchen. Angesagt ist die kritische Auseinandersetzung mit uns und unserer Arbeit.

SICHERHEIT, SOZIALMISSBRAUCH, JUGENDGEWALT

Fakt ist, dass wir nicht für das eingestanden sind, was die Wählerschaft von uns erwartet hatte. Wir haben nicht alle Felder beackert, die brach gelegen sind. Es reicht nicht, nur die klassischen SP-Themen anzugehen. Von einer nationalen Partei des Formats der SP erwarten die wählenden Menschen ein umfassendes Paket, das pragmatische Lösungsansätze enthält, die ihren zentralen Anliegen, Ängsten und Bedürfnissen gerecht werden. Neben der sozialen Sicherheit stehen für einen grossen Teil der Schweizerinnen und Schweizer Themen im Vordergrund, denen sich die SP bislang nicht genügend gewidmet hat: öffentliche Sicherheit, Sozialmissbrauch, Jugendgewalt, nachteilige Auswirkungen von Immigration. Themen, die anzugehen viele in unseren eigenen Reihen schon länger bereit sind, auch wenn ein Grossteil es bislang bloss hinter

eackert

tigen zur «Nachlese
n» von Marc Gebhard
mber 2007).

vorgehaltener Hand zu sagen gewagt hat. Das wirft einen Schatten auf unser Selbstverständnis, wir hätten uns allen dringenden Fragen unserer potentiellen Wählerschaft in angemessener Weise gestellt. Und es zeigt auch das Bedürfnis von vielen Genossinnen und Genossen, für Respekt und Anstand, das Einhalten von Grenzen und für gewisse Werte der abendländischer Kultur einzustehen. Das widerspiegelt sich tatsächlich in den hervorragenden Ergebnissen, die unsere gemässigten sozialliberalen Spitzenleute erzielt haben (Sommaruga, Wyss, Allemann). Und niemand wird heute noch ernsthaft behaupten wollen, dieses Bedürfnis stehe im Widerspruch zu einer toleranten, multikulturellen und offenen Haltung. Im Unterschied zu gewissen menschenverachtenden Kräften im rechten Spektrum kann gerade das unsere Stärke sein: eine eigenständige und klare, konstruktive und transparente Haltung, die Würde, Anstand und Achtung von geltenden Werten und anderen Meinungen einbezieht und der sachpolitischen Debatte zu Grunde legt.

GESCHEITE UND MUTIGE ANALYSE

Der Bericht von Marc Gebhard ist eine fundierte, gescheite, sehr selbstkritische und mutige Analyse des Zustands unserer Partei. Er schont niemanden und beschönigt nichts und macht auch vor Tabus nicht halt. Wir können ihm uneingeschränkt zustimmen und werden unseren Beitrag leisten beim Aufbruch zu neuen Ufern.

SP Ittigen

Neue Wohnungen!

Endlich kommt Bewegung in den
ESP Ausserholligen/Weyermannshaus.
Diese Planung verdient ein Ja.

Nach der deutlichen Zustimmung des Souveräns zur Planung Weyermannshaus-Ost folgt nun Ausserholligen III. Diese Planung schafft Platz für rund 400 Arbeitsplätze und 220 zusätzliche Einwohnende. Bemerkenswert ist, dass an diesem Standort ein Hochhaus in Betracht gezogen wird. Nach dem Haus der Kulturen und Religionen wäre dies das zweite Hochhaus, das in Ausserholligen neu entstehen könnte. Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik verfügt in diesem Gebiet über eine interessante Parzelle. Dank der Intervention der SP-Juso-

Fraktion ist sichergestellt, dass der Fonds hier auch tatsächlich Wohnungen realisiert und nicht den Markt für Dienstleistungsflächen zusätzlich anheizt. Die Planung Ausserholligen III ist sicher nicht der ganz grosse Wurf, aber immerhin ein wichtiger und richtiger Baustein in diesem Entwicklungsschwerpunkt. Dank der guten Erschliessung mit der S-Bahnstation und dem Tram Bern West ist das Gebiet auch als Arbeitsplatzstandort bestens geeignet.

Res Flückiger, Stadtrat Bern



Res Flückiger,
Stadtrat



Foto: zvg

Impressum

Herausgeberin

Sozialdemokratische
Partei Region Bern

Redaktion

Peter Anliker
(verantwortlich),
Marc Gebhard,
Leyla Gül,
Christa Luginbühl,
Corinne Mathieu Neuhaus,
Roland Näf

Layout

MediaDesign Bern

Druck

Bubenberg Druck, Bern

Auflage

5'000 Exemplare

Nr. 2/08 erscheint am

31.3.2008

Redaktionsschluss

12.3.2008

«regiolinks.be»

erscheint 5-mal jährlich
Fr. 25.–

Jimi Hofer for President

Geht es nach dem Willen von SVP, FDP und den Broncos, soll im Jammertal Bern, das unter dem Joch von Rot-Grün-Mitte ächzt, bald wieder die Sonne scheinen. Dass die Broncos nicht im Stadtrat vertreten sind, stimmt so nicht; Philippe Müller, FDP-Co-Fraktionschef und bekennender Jimi-Hofer-Jünger, trägt seine Lederjacke (noch) nur im Schlafzimmer.

Bei der CVP weiss man noch nicht so recht, ob man nun bürgerlich oder nicht doch eher mitte liberal links sozial (Zutreffendes bitte ankreuzen) ist. Dem Vernehmen nach hat sie sich in ein Kloster zurückgezogen und harrt dort auf ein Zeichen des Herrn.

Um Beat Schori seinen Bubentraum – endlich Gemeinderat – zu erfüllen, verzichtet die FDP auf einen ihrer Gemeinderatssitze. Angesichts der pitoyablen Performance von Stephan Hügli als Polizeidirektor ist dieser Verzicht auch sehr gut nachvollziehbar. Zur allgemeinen Erleichterung wird ihm für den Rest der Legislatur in der Person des ehemaligen Kommandanten der Stadtpolizei ein Kindermädchen zur Seite gestellt. Wir verneigen uns stumm vor soviel Nächstenliebe und verleihen Thomas Balmer, dem FDP-Präsidenten, den von uns gestifteten Orden «Mitmensch des Jahres». Glücklicherweise überstrahlt der Leistungsausweis von Frau Hemmenegger, pardon, Frau Hayoz, alles Ungemach, die Liste ihrer hervorragenden Leistungen ist derart lang, dass es uns schwerfällt, eine einzelne speziell hervorzuheben, unzweifelhaft qualifiziert sie sich aber rein durch ihre Präsenz für höhere Weihen.

Der wahre Messias der Bürgerlichen ist aber Jimi Hofer; von Walliswil aus macht er sich auf den Weg mit dem Ziel, die StadtbernerInnen aus der Knechtschaft von Rot-Grün-Mitte zu erlösen. Mit Jimi I. als Stadtpräsident wird alles anders: Für die Sicherheit werden die Broncos sorgen, so dass der Kommandant der Kantonspolizei seinen Dienst quittieren und auf der Tschentenalp Schafe hüten kann, der Erlacherhof wird zur Motorradgarage umfunktioniert, das Parkieren in den Strassen wird zur BürgerInnenpflicht erklärt, SozialhilfeempfängerInnen werden zum Tellerwaschen in die Bronco-Bar abkommandiert, mit dem so eingesparten Geld wird eine sechsspurige Autobahn über den Bahnhofplatz gebaut und der Lohn der städtischen Angestellten wird in Form von Benzinguetscheinen ausbezahlt. Bern, das Paradies erwartet dich!

Waschbär 

Aufruf

ARBEITSGRUPPE KULTUR

Wer die Kultur der Stadt Bern in der SP wieder vermehrt zum Thema machen will, ist eingeladen, in der AG Kultur der SP Stadt Bern mitzuarbeiten. Interessierte melden sich bei Annette Lehmann: annette.lehmann@airmail.ch

Abstimmungsparolen vom 24. Februar 2008

Stadt Bern

Neuer Infrastrukturort
Forsthaus West

JA

Zonenplan Ausserholligen III

JA

Kanton Bern

Einführung einer Schuldenbremse (Änderung der Kantonsverfassung)

Stimmfreigabe

Steuergesetzrevision 2008
(Änderung des Steuergesetzes)

1. Vorlage des Grossen Rates

NEIN

2. Volksvorschlag

JA

Stichfrage:

VOLKSVORSCHLAG

Schweiz

Bundesgesetz über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II)

NEIN

Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»

JA

AUSFÜLLEN – EINSENDEN!

Senden Sie mir folgende Unterlagen

- Eine Beitrittserklärung
- Ich möchte den JungsozialistInnen JUSO beitreten
- Ich möchte das «regiolinks.be» abonnieren (Fr. 25.–/Jahr), für SP-Mitglieder gratis

Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Talon einsenden an:

SP Region Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23

AZB, 3000 Bern 1
Adressenänderungen
nicht melden.